



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 19/7603

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Klimaschutz, Verkehr

**Konsultation zur Überarbeitung der EU-Regeln für die PKW-Kennzeichnung und
zur Überarbeitung der CO₂-Standards für PKW und leichte Nutzfahrzeuge
07.07.2025 - 29.09.2025**

I. **Beschlussempfehlung:**

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende
Stellungnahme abzugeben:

Der Bayerische Landtag begrüßt die im Rahmen des am 5. März 2025 vorgelegten
Aktionsplans für die Automobilindustrie der Europäischen Kommission (EU-
KOM) angekündigte Überarbeitung der zugrundeliegende Richtlinie 1999/94/EG
im kommenden Jahr. Der Bayerische Landtag begrüßt die Schaffung von Rechts-
klarheit und Transparenz, welche die Belange im Hinblick auf die verschiedenen
Beteiligten u. a. Hersteller, Händler, Werbende und Verbraucher im Blickfeld hat.

Der Bayerische Landtag gibt zu bedenken, dass insbesondere bei den anzustre-
benden Regelungen keine Überlastung der einzelnen Beteiligten erfolgen sollte,
bei gleichzeitig ausreichender Information für die Verbraucher. Hierbei sollte da-
rauf geachtet werden, eine über Gebühr belastende Bürokratie zu vermeiden und
insbesondere die Hersteller möglichst frühzeitig in die Abstimmungen einzubezie-
hen.

Der Bayerische Landtag empfiehlt im Hinblick auf den gerade aktuellen Bürokratie-
abbau der EU-Kommission - Stichwort Omnibus-Pakete - überbordende büro-
kratische Vorgaben zu vermeiden.

Der Bayerische Landtag fordert eine möglichst rasche Anpassung der Vorgaben
an die reale Marktentwicklung, auch um Strafzahlungen zu vermeiden. Bayern hat
sich generell immer für ambitionierte, aber auch technisch darstellbare und wirt-
schaftlich tragfähige Regelungen eingesetzt und wird dies auch weiterhin mit
Nachdruck tun. Die Transformation muss mit realistischen Zielen verfolgt und der
harte weltweite Wettbewerb in der Automobilindustrie stärker berücksichtigt wer-
den.

Der Bayerische Landtag ist überzeugt, dass in Zukunft je nach Einsatzbereich und
spezifischen Vorteilen verschiedene Antriebsformen nebeneinander bestehen
werden. Bayern befürwortet daher einen technologieoffenen Ansatz mit sämtli-
chen Antriebstechnologien, die geeignet sind, Klima- und Umweltbelastungen zu
vermindern. Einseitige, politische Festlegungen auf bestimmte Antriebsarten sind
aus Sicht des Bayerischen Landtags nicht zielführend.

Berichterstatlerin: **Barbara Fuchs**
Mitberichterstatler: **Josef Schmid**

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat das Konsultationsverfahren in seiner 34. Sitzung am 9. Oktober 2025 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat das Konsultationsverfahren in seiner 34. Sitzung am 9. Oktober 2025 federführend beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Ablehnung
zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 33. Sitzung am 13. Oktober 2025 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: kein Votum
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Ablehnung
empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende